

---

---

# Die Arbeiterkammerorganisation im geänderten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Umfeld

Werner Muhm

---

---

Die Arbeiterkammerorganisation befindet sich seit Beginn der neunziger Jahre in einem Veränderungsprozess, der sowohl auf geänderte gesetzliche Aufgabenstellungen und Rahmenbedingungen als auch auf tiefgehende wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandlungen zurückgeht. Die AK hat in einem sich nun schon über zehn Jahre erstreckenden Reformprozess ihre Organisation und ihr Tätigkeitsprofil den sich ändernden gesellschaftlichen und politischen Anforderungen unter Beibehaltung der interessenpolitischen Ziele angepasst. Ziel aller Reformschritte war eine Stärkung der Mitgliederbindung durch eine erweitertes und verbessertes Beratungsangebot, durch verbesserte Kommunikation und durch eine den neuen Problemstellungen und Herausforderungen entsprechende Interessenpolitik.

Eingeleitet wurde die Reform durch das Arbeiterkammergesetz 1992, mit dem die demokratischen Strukturen und die Kontrollmechanismen verstärkt und das Dienstleistungsangebot durch Einführung des obligatorischen Rechtsschutzes ausgeweitet wurden. Seit 1995 unterliegt die Gebarung der AK so wie auch bei allen anderen Kammern der Prüfung des Rechnungshofes. Weitere Änderungen in den gesetzlichen Rahmenbedingungen betrafen die Durchführung einer Mitgliederbefragung (1996), das Wahlrecht und die Regelung der Bezüge der leitenden Funktionäre. Aber auch über die durch Gesetzesnovellen bedingten Änderungen hinaus hat die AK bei Dienstleistungen und Förderungen neue Schwerpunkte gesetzt (Bildung, Konsumentenschutz), die Interessenpolitik und Grundsatzarbeit auf neue Herausforderungen eingestellt, sowie die Kommunikation zwischen Mitgliedern, Funktionären und dem AK-Büro verbessert. Alle diese Änderungen wurden in enger Abstimmung und Kooperation mit dem ÖGB bzw. den Gewerkschaften vorgenommen, die seit 1992 im AK-Gesetz ausdrücklich festgeschrieben ist.

## Stärkung der politischen Legitimationsgrundlage

Die Wahlbeteiligung an den AK-Wahlen war bis zur Wahl 1994 kontinuierlich zurückgegangen und erreichte bei dieser Wahl im Bundesdurch-